Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann in Stettin
Schulzenstraße Nr. 17.

Abonnementspreis vierteljährlich in Stettin $1\frac{1}{3}$ Thlr.,
außerhalb $1\frac{7}{12}$ Thlr.
Insertionsgeb.: für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung



105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung."

No. 202. Abend-Ausgabe. Montag den 30. April. 1860.

Landtag.
Herrenhaus.

26. Sitzung am 28. April.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der gestern abgebrochenen Debatte über die Grundsteuer.

Dr. Brüggemann: Wenn man den ersten Gesetzentwurf nicht annähme, so verlören auch die Gesetzentwürfe III. und IV. ihre Bedeutung. Die Gebäudesteuer hätte keinen Sinn mehr, wenn sie als ein einzelnes Gesetz aufgefaßt werde; sie stehe im innersten Zusammenhange mit der Grundsteuer und deren Ausgleichung. Wenn man gesagt habe, die Entschädigung und die Aufhebung der Exemtionen müßten angenommen werden, weil die gesetzlichen Vorschriften darüber zu klar seien, so gelte dasselbe für ihn auch von der Ausgleichung. In dieser Hinsicht, in Bezug auf den Gesetzentwurf I., also erkläre er sich entschieden für das Hasselbachsche Amendement, wenn es aber falle, gegen die drei letzten Gesetzentwürfe. Jetzt handle es sich darum, kleine Güter hinzugeben, um große zu erhalten. Die Regierung brauche die Mittel, sich gegen die Gefahren, die ihren schwarzen Schatten schon drohend auf das Vaterland würfen, zu rüsten und vorzubereiten. Das Haus müsse beitragen, ihr diese Mittel zu gewähren. Einen solchen Entschluß werde das Vaterland segnen. (Lebhaftes Bravo links.)

Graf v. Arnim-Boytzenburg bestreitet, daß durch die Ausgleichung schon eine Gleichstellung der Provinzen in Bezug auf die öffentlichen Lasten herbeigeführt wird. Aber man könnte sagen, die Gerechtigkeit erfordert es, die Ueberbürdung anzuerkennen, anzuerkennen, daß da oder dort mehr gezahlt wird. Niemand wird behaupten, daß sie vorhanden sei, und dafür Beweis beibringen. Die Ungleichheit ist aber auch gar nicht so sehr groß, aber wenn sie es ist, wird man sie beseitigen durch eine allgemeine Abschätzung? Eine andere Frage ist, ob das Bündniß gerechtfertigt ist, ob die Nothwendigkeit vorhanden, daß der Staat in der allgemeinen ganzen Grundsteuer ein Mittel bekommt, welches in der Hand von Menschen mit menschlichen Neigungen ein sehr gefährliches ist. Die Nothwendigkeit liegt nicht vor. Preußen ist ein ackerbautreibender Staat, und der Grundbesitz, der bei den drohenden Kalamitäten sehr in Anspruch genommen werden wird, muß geschont werden. Man hat gesagt, Preußen wäre schon längst in die Bahn der Zollreformen eingetreten, wenn es nicht durch Verträge gebunden wäre. Nun, 1864 sind diese Verträge zu Ende, welche Preußen unter Aufopferung und Selbstverleugnung durchführt. Dann wird es an Preußen sein, die Bedingungen vorzuschreiben und nicht länger abhängig zu sein von dem Votum jedes Kleinstaates. Sollte der Zollverein nicht wieder zu Stande kommen, so wäre das zwar eine große Kalamität für Deutschland, und ich würde sie schwer beklagen, aber Preußen würde dieselbe am allerwenigsten schwer empfinden. Eine Reform des Zollvereins, und darin wird sich die Kraft des Finanzministers erproben, wird Millionen in indirekten Steuern bringen, wo man durch direkte Steuern nur Tausende erzielt.

Der Finanzminister rechnet auf die Steuern zur Durchführung der Armee-Organisation; diese Organisation wird vor sich gehen und zur Erhaltung des Staats vor sich gehen müssen, dazu würdeu sich schon die Mittel finden. Nach Ablauf des Zollvereins wird man eine neue, große Bilanz, einen neuen Finanzplan aufstellen müssen. Das Amendement des Herrn Hasselbach ist ebenso rath- und hülflos, wie der Gesetzentwurf Nr. 1. Es fragt sich um das „Wie" der Ermittelung. Man sagt: 8 Prozent Grundsteuer sollen aufgebracht werden, auf welche Weise aber, das weiß die Regierung selber noch nicht. Und wenn die achtprozentige Grundsteuer beschlossen wird, wozu denn dieses langsame Heranholen, wie es sich in der Regierungsvorlage ausdrückt? Das Gesetz verletzt ein unantastbares Prinzip, an dem nicht gerüttelt werden darf. An eine Aufhebung der Bevorzugungen, wie sie gewöhnlich angenommen wird, hat man im Jahre 1850 nicht gedacht, Niemand konnte daran denken, daß, weil die Provinz Preußen etwa vor dem Rheinland bevorzugt sei, dies ohne weiteres abgeschafft werden müßte; es wäre doch eigenthümlich, wenn man das alte Stammland der Monarchie bevorzugt halten sollte gegenüber neu erworbenen Landestheilen, die schon aus den Zeiten der Fremdherrschaft ihre Grundsteuer hatten. Ich bitte auch diejenigen, welche gegen die Gebäudesteuer stimmen wollen, das leise Frösteln zu überwinden, welches sie dabei überkommt; die Gebäudesteuer ist ein Blitzableiter für das Ungewitter, welches uns aus der Steuer für die Liegenschaften droht. (Ruf links: Sehr gut, sehr richtig!) Durch die Gesetze Nr. 3 und 4 halte ich Artikel 101 der Verfassung vollständig für erledigt. Wenn Sie (zu den Vertretern der Städte gewendet) durch Ihr „Nein" erreichen, daß das Gesetz fällt, so wird man wissen, wer das Gesetz verworfen hat. Soweit meine Stimme reicht, werde ich dahin wirken, daß von Seiten des Grundadels gerade jetzt, wo wir nicht auf Anerkennung und Dank zu rechnen haben, ein „Ja" volltönig und einstimmig erfolge; wir wollen uns über andere Bedenken, ob 13fache, ob 20fache Entschädigung, hinwegsetzen im Interesse des Vaterlandes und des eigenen Standes. Nicht im Sinne des Herrn Hasselbach, welcher in der Kommission davon sprach, daß wir das Odium, welches auf uns ruhe, behalten würden. Danach frage ich nichts. Wir gehen ruhig nach Haus und werden dort nicht geringer und nicht höher angesehen; wir können das Odium schon ertragen; es drückt uns nicht allzusehr. Von dem politischen Einfluß, den wir durch Annahme aller dieser Vorlagen erhalten sollen, verspreche ich mir wenig. Das Herrenhaus und der Grundadel werden niemals systematische Opposition gegen die Krone machen, aber der Regierung gegenüber unerschütterlich an ihren Rechten festhalten. Wir werden feststehen, wo es gilt, unsere politischen Rechte neuen Formationen zu opfern. Heute wollen wir ein vernehmliches Ja für die Gesetzentwürfe 3 und 4, für Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen hören lassen. (Bravo.)

Finanzminister v. Patow: Wer den Verhandlungen dieses Hauses beigewohnt hat, der sollte glauben, daß die Regierung etwas ganz Neues vorschlage, daß es sich um ein gefährliches Experiment handele, das zu ganz unbekannten Konsequenzen führen kann, — in so grellen Farben sind hier die Nachtheile der Vorlagen geschildert. Nichts Neues aber, sondern etwas, das in den deutschen und in anderen noch größeren Ländern seit vielen Jahren besteht und nirgends Unzufriedenheit erregt hat, ist es, was die Regierung beabsichtigt. Um so nothwendiger ist es also, die faktischen Verhältnisse nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Regierung hat die Vorlagen gemacht in Anerkennung der gesetzlichen und verfassungsmäßigen Nothwendigkeit legislativer Aenderung. Auch ist bereits von allen Seiten anerkannt worden, daß den Gesetzentwürfen III. und IV. eine solche Nothwendigkeit zur Seite steht; das Gesetz vom 24. Februar 1850 enthält die betreffende Bestimmung. Wenn man aber diese Nothwendigkeit bei III. und IV. anerkennt, so ist es sehr inkonsequent, auf die Bestimmungen der Verfassung ein minderes Gewicht zu legen, die eine gleiche Nothwendigkeit für I. statuiren. Die Verfassungs-Urkunde verordnet mit Bestimmtheit eine Revision und hat dabei noch mehr im Auge, als die Aufhebung jener Befreiungen, welche sich Nr. III. der Vorlage zum Ziele setzt.

Die Maßregel der Regierung ist aber nicht allein eine legislatorische, sondern auch eine finanzielle Nothwendigkeit. Das Bedürfniß wird allgemein anerkannt. Für die großen Zwecke, welche die Regierung verfolgt, kann sie keine anderen Mittel nachweisen. Die Annahme der Grundsteuervorlage ist eine wesentliche Bedingung des Vorgehens der Regierung auf dem Gebiete der militairischen Frage. Man hat wieder die Schraube ohne Ende hervorgeholt. Die Regierung geht von dem Standpunkt aus, daß die Durchführung der Grundsteuer die wohlthätige Folge haben werde, ihr für die Fälle der Noth die nöthigen Mittel zu liefern. Es ist der entschiedene Wille der Regierung, wenn eine gleichmäßige Vertheilung der Grundsteuer durchgeführt wäre und dann das Bedürfniß hervorträte und von der Landesvertretung anerkannt würde, daß dann nicht mehr einzig und allein Zuschläge zur Einkommen-, Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer festgestellt, sondern daß diese Zuschläge auch auf die Grundsteuer gelegt würden. Daß eine Menge von Lasten jetzt ausschließlich auf die persönlichen Steuern gelegt werden, ist mit Recht und Billigkeit nicht gut zu vereinen. Es versteht sich, daß dabei immer die Mitwirkung der Landesvertretung vorausgesetzt wird, und Sie wollen ihr jetzt die Möglichkeit abschneiden, weil später ein Mißbrauch befürchtet werden könnte? Ein schlechteres Zeugniß können Sie der Landesvertretung nicht ausstellen, als wenn Sie glauben, daß Sie jetzt sich verwahren müssen vor einer späteren möglichen Ueberschreitung ihrer Befugnisse. Wenn es sich um die Existenz des Staates handelt, so muß die Möglichkeit gegeben sein, die nöthigen Mittel zu bewilligen, wer dies von vornherein unmöglich macht, ladet schwere Verantwortlichkeit auf sich. Daß im Falle eines Krieges alle Bevorzugungen außer Kraft treten, ist bei uns Recht, und wenn es auch nicht geschriebenes Recht wäre, so würde die Noth dazu führen. Wenn der Krieg mit seinen Schrecknissen heranzieht, so werden die bisher steuerfreien Gutsbesitzer doch herangezogen, und doppelt gefährdet. Sie werden finden, daß währeud des Kriegs in denjenigen Provinzen, wo Steuerfreiheit bestand, mehr Gutsbesitzer zu Grunde gegangen sind, als in den andern, wo jene Freiheit nicht bestand. Ich habe Ihnen den innigen Zusammenhang der jetzigen Vorlage mit der andern auf die Armee bezüglichen dargethan, ond muß Ihnen meine Ansicht dahin aussprechen, daß ich der festen Ueberzeugung bin, daß die Regierung schwerlich in der Lage sein wird, die auf einem andern Gebiete gehegten Pläne zur Ausführung zu bringen, wenn die Grundsteuervorlage nicht angenommen werde. (Bravo!)

Herr v. Waldow-Steinhövel: Für die Militair-Vorlagen könne der aus der Grundsteuer verbleibende Ueberschuß nicht entscheidend sein; die Mittel dazu wolle man ja auch bewilligen, nur nicht in der verlangten Form. (Heiterkeit.) Der Grundbesitz sei stets zu Opfern bereit, sei es immer gewesen; aber die Kraft zu diesen Opfern müsse ihm in ruhigen Zeiten erhalten werden. — Revolutionär bleibe die Maßregel trotz des Finanzministers. Die Revolution setze sich über Alles weg. Auch könne die Regierung diese Bezeichnung nicht übel nehmen; im andern Hause habe ja der Minister, welcher die Kreis-Ordnung einbrachte, gemeint, schon die Revolution habe diese Gemeinde-Ordnung verlangt. —

Der Schluß wird angenommen. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Deutschland.

Stettin, 30. April. Eine durchgefallene Komödie nennt die „Köln. Zeitung" die überreichten Adressen gegen die Juden zu öffentlichen Aemtern ꝛc. und bezeichnet die Ritter, vulgo „Junker" aus allen Provinzen als die Herren Acteurs; „einige" Bürger Berlins und „Landleute aus Westphalen" scheinen nur als Statisten zur Begleitung mitgenommen. Die Berliner Bürger waren vielleicht die stets dienstwilligen Persönlichkeiten, die E. Kossack als alte Garde des Treubundes so humoristisch conterfeit hat, und die biederen Landleute aus Westphalen werden ohne Zweifel kostenfrei, wenn auch vielleicht nur in Waggons dritter Klasse hergeschafft sein.

Wie die böse Welt wissen will, giebt aber der von der „N. P. Z." mit vieler Kunst und mühsamem, mehrtägigem Fleiß ausgearbeitete Bericht nur eine einseitige und unvollständige Darstellung. Die Herren sollen vom Schlosse keineswegs sehr erbaut zurückgekehrt sein. Der „Weser Zeitung" wird darüber geschrieben:

„Am verwichenen Samstag erbat sich und erhielt eine Deputation conservativer Vereine Audienz beim Prinz-Regenten, um die Wünsche der Junkerpartei in Betreff zweier Punkte, der Gleichstellung der Juden und der Heeres-Vorlagen, vorzutragen. Die Herren, an deren Spitze Graf Babo Stollberg und Herr v. Senden standen, wünschen, daß den Juden nicht allein die Anstellungsfähigkeit im Staatsdienste, sondern auch die Berechtigung, Grundbesitz zu erwerben, abgesprochen werde (?), wodurch die so müßigen Fragen, wie das Recht jüdischer Gutsbesitzer auf die Kreisstandschaft, von selbst verschwinden würden. Dagegen ertheilen sie der Krone ihr Lob für die Erweiterung des Heeres, welche ja so vielen junkerlichen Söhnen ein weites Feld der Carriere eröffnet. Der Prinz-Regent bedauerte, daß in Bezug auf die Stellung der Juden im Staate der Wortlaut der Verfassung so unzweideutig sei, daß ein Rückschritt in der Gesetzgebung ganz unmöglich werde. Ueberdies habe ja schon Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1813 den Juden volle Gleichberechtigung verheißen, und es sei traurig genug, daß dieses Königliche Wort vierzig Jahre lang uneingelöst geblieben sei. Was aber die Heeres-Reform betreffe, so sei wohl zu bedenken, daß ihre Durchführung wesentlich von dem Schicksale der Grundsteuer-Vorlagen im Herrenhause abhange. Er vertraue der Einsicht dieses legislativen Faktors, daß die Sicherstellung der Mittel zur Wehrhaftmachung Preußens nicht an dem Eigennutz einiger grundbesitzenden Adeligen scheitern werde. Die Deputation der conservativen Vereine soll nicht sehr befriedigt aus dem Palais des Regenten geschieden sein."

Der „K. Z." selbst geht eine Mittheilung zu, die hiermit im Wesentlichen übereinstimmt, wenngleich die Form der Worte des Regenten etwas verbindlicher gewesen zu sein scheint. Auch ein Bericht der Magdeburger Ztg. schließt mit den Worten: „Kurz, die Leutchen sind abgeblitzt!" So viel ist gewiß: die Monstre-Demonstration ist eine durchgefallene Komödie. Das Ernste und Erfreuliche bei der Sache ist, daß unsere Ritter sich haben überzeugen müssen, daß unser verehrter Regent an der Verfassung selbst in solchen Punkten, gegen die allerdings unläugbar im Volke noch manche Vorurtheile herrschen, unverbrüchlich festhält, und sich überhaupt mit seinen Ministern in offener und ehrlicher Uebereinstimmung befindet.

(*) **Berlin,** 28. April. Der in Paris erscheinende „Ami de la Religion" läßt sich „aus Brüssel" gar seltsame Dinge über eine beabsichtigte Grenzberichtigung zwischen Frankreich und Belgien auf Kosten Deutschlands und der Oranischen Dynastie schreiben. Die Reise des Herzogs von Brabant nach Wien, die neuliche Anwesenheit des Herrn v. Praet in Paris, vor Allem aber die Zusammenkunft des Königs Leopold mit Napoleon zu Biarritz hätten nach dieser offenbar aus französischer Feder kommenden Korrespondenz die Bedeutung gehabt, eine Verständigung über die Abtretung Luxemburgs an Belgien und einiger belgischen Departements (hauptsächlich des zwischen Maas und Sambre in Frankreich hineingeschobenen Keiles) an Frankreich herbeizuführen. Der Grund zu diesem Arrangement soll ein doppelter sein. Einmal nämlich verlangt Frankreich von Belgien die Abtretung derjenigen Gebietstheile, die erst im Jahre 1815 an das Königreich der Niederlande kamen und deren Besitz der Kaiser Napoleon wahrscheinlich für nöthig erachtet, um sein Reich gegen die etwaigen Angriffe des neutralen Belgien sicher zu stellen; für die Abtretung dieser Gebiete soll dann Belgien durch Luxemburg entschädigt werden. Sodann aber soll der König Leopold selbst der Meinung sein, daß Belgien ohne den deutschen Antheil des Herzogthums Luxemburg zu schwach sein, um seine Neutralität be-

haupten zu können. Preußen, wird in derselben Korrespondenz versichert, werde sich nicht gegen jene Gebietsveränderungen stämmen. — So albern diese Korrespondenz von der einen Seite ist, namentlich was die passive Haltung Preußens und den Wunsch des Königs Leopold betrifft, zu den vielen Grenzfestungen gegen Frankreich, zu deren Besetzung die belgische Armee gar nicht ausreicht, noch eine neue zu erhalten, um den Staat noch mehr zu stärken, so würde es doch auf der andern Seite nicht rathsam sein, dem Artikel jede weitere Bedeutung, als die einer Privatansicht, abzusprechen. Was nämlich über die Absichten Napoleons auf Rückforderung jener belgischen Departements gesagt wird, stimmt vollkommen überein mit dem von Napoleon klar ausgesprochenen Prinzip: die Abtretungen, welche Frankreich im zweiten Pariser Frieden habe machen müssen, könne es mit Fug und Recht zurückverlangen. Es wird daher gut sein, eine Liste der betreffenden Gebietstheile aufzustellen, die, einer nach dem andern, werden zurückgefordert werden. Frankreich hatte bekanntlich im ersten Pariser Frieden die Grenzen von 1792 behalten; es wurde im zweiten Frieden auf die Grenzen von 1790 reduzirt und trat demgemäß ab: Nizza und Monaco, den im Jahre vorher bei Frankreich verbliebenen Theil von Savoyen, Versois und den Rest der Landschaft Gex (an Genf), die Länder zwischen der Lauter und Queich mit Landau, an der Saar mit Saarbrück und Saarlouis, das zum belgischen Luxemburg gehörende Herzogthum Bouillon, Philippeville, Marienbourg und Chimay (die letztern drei bilden den oben erwähnten Keil zwischen Sambre und Maas). Nizza und Savoyen werden eben Frankreich annektirt; mit Rückforderungen bedroht sind ferner: die Schweiz (Kanton Genf), Baiern, Preußen und Belgien. Die größte Wichtigkeit für Frankreich haben von diesen Gebietstheilen diejenigen, welche zu Deutschland gehören; denn die Festung Landau, die sicherlich von den Franzosen würde verstärkt werden, verleiht dem Elsaß Schutz gegen einen deutschen Angriff von Norden, der Reichthum der Saarbrücker Gegend an den trefflichsten Steinkohlen macht den Besitz dieser Landschaft für die Verstärkung der französischen Dampfflotille in hohem Grade wünschenswerth. Napoleon scheint in seiner Revendication mit den Endpunkten in der Reihe der betreffenden Gebiete anfangen zu wollen; wie er Sardinien für Nizza und Savoyen durch die Lombardei entschädigt hat, so denkt er Belgien durch Luxemburg entschädigen zu können. Man muß zugeben, daß diese Rechnung nicht ohne Anhalt ist; denn wenn die europäischen, namentlich die deutschen Mächte es gutheißen, daß Frankreich die klaren Rechte der Schweiz auf Nord-Savoyen mißachtet, daß es mit Sardinien sich auf Kosten der Schweiz ausgleicht, so verlangt Frankreich nichts prinzipiell Neues, wenn es mit Belgien sich auf Kosten Deutschlands ausgleicht. Es unterliegt indessen keinem Zweifrl, daß kein preußischer Minister auch nur den leisesten Gedanken einer Nachgiebigkeit gegen solche Wünsche Frankreichs haben kann; Luxemburg gehört nicht blos zum deutschen Bunde, die Festung ist nicht blos Bundesfestung, sie bildet auch ein nothwendiges Glied in der Kette der Befestigungen, welche den Zweck haben, die preußischen Rheinlande zu schützen. Die Franzosen mögen kommen und sich diese Festung holen.

Oestreich.

Wien, 27. April. Die Veröffentlichung des Leichenbefundes und die Enthüllung über das was Brucks Tode vorausging in der heutigen „Wiener Zeitung" erregten das ungeheuerste Aufsehen. Die Stimmung der Bevölkerung ist eine nnbeschreibliche und in den Vorstädten herrscht eine dumpfe Gährung. Eine neue Ministerkrise ist ausgebrochen; Hübner ist heute auf K. Befehl hier eingetroffen. Ein Gerücht jagt das andere. Gestern sagte man, FZM. Schlick habe sich erschossen, heute heißt es nicht Schlick, sondern FML. Schlitter, ehemaliger General-Adjutant des Kaisers, Urheber und Schöpfer des Verpflegswesens, welches nun gerichtet ist, habe Hand an sich gelegt. Der Gesandte in Paris, Fürst Metternich, habe seine Entlassung genommen und Prokesch von Osten sei an seine Stelle ernannt. Bach werde wegen Aenderungen am Konkordat hier erwartet; nach Anderen wäre er auf der Rückreise in Triest verhaftet worden und er habe sich sodann das Leben genommen. Alles das ist erlogen und absurd, aber es geht von Mund zu Mund. Ein Verwesungsgestank erfüllt die Luft und man athmet nichts als Tod und Verbrechen.

Man spricht von neuen Verhaftungen; Namen nenne ich nicht, aber über den Finanzkreisen schwebt eine finstere Wolke. Die bekanntesten Namen bezeichnet das leider ahnungsreiche Gerücht. Daß Richter einen mißlungenen Fluchtversuch gemacht, steht außer Zweifel. Derselbe fand am verflossenen Montage statt. Ein Gefangenwärter, der sich bestechen ließ, Richter einen Paß nach Hamburg übermittelt, ihm zur Flucht aus dem Gefängniß behilflich gewesen, sowie ein Droschkenkutscher, der hinter dem Kriminalgerichts-Gebäude auf den Gefangenen gewartet, ist verhaftet. Man spricht auch von einem Einverständnisse des Kriminalgerichts und kompromittirten hohen Justizbeamten. Richter war schon im Freien, als ihn ein des Weges daher kommender Gefangenwärter erkannte und wieder festnahm.

Die Frau des verstorbenen Bruck, welche ins Ausland reisen wollte, hat auf höhere Weisung ihre Reise vertagen müssen. Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Gredler ist mit Aufnahme des Inventars des Vermögenstandes der Familie Bruck beauftragt.

Italien.

Die Nachricht, daß im Königreiche beider Sicilien die Ruhe überall hergestellt sei, nachdem die Aufständischen, die sich in Carini vereinigt hatten, vernichtet worden, ist verfrüht. Die Sache verhält sich nicht ganz so. Die Patrie, welche sich durch ihre der neapolitanischen Regierung möglichst günstigen Depeschen auszeichnet, die sie, dem Vernehmen nach, vom neapolischen Gesandten in Paris erhält, bringt aus Neapel, 26. April, eine Depesche, worin es heißt, daß „die sicilianischen Insurgentenbanden, welche verfolgt werden, sich immer vor den Truppen zurückziehen; eine dieser Banden sei, nachdem sie von den Truppen in Carini eingeschlossen und angegriffen, vollständig vernichtet worden; die Trümmer dieses kleinen Haufens haben sich unterworfen." Nach dieser Mittheilung, die doch keineswegs beweist, daß schon Alles vorbei sei, setzt die Patrie hinzu: „Alles ist jetzt im Königreiche Neapel, sowie auf Sicilien, ruhig. Aus einem parlemitaner Briefe des Nord erfahren wir, daß man in Palermo am 17. April wissen wollte, die mobile Kolonne, welche nach Carini ausgerückt und aus drei Kompagnieen bestehe, sei vollkommen mißglückt, und es seien von diesen Truppen nur 12 Mann nach Palermo zurückgelangt; die Mehrzahl sei in Gefangenschaft gerathen, und die Insurgenten hätten 13 derselben erschossen, um Repressalien für die 13 Insurgenten zu nehmen, die am 13. April Nachmittags 4 Uhr auf der Piazza del Castello in Palermo erschossen wurden, und um Maniscalco und Salzano zu warnen, daß, wenn die anderen 80 Insurgenten, die gleichfalls bereits zum Tode verurtheilt wurden, wirklich erschossen werden sollten, man ihnen eben so viele gefangene Soldaten in den Tod nachschicken werde. Carini liegt nordwestlich von Monreale, wohin die Insurgenten, welche aus Palermo vertrieben worden, ihr Hauptquartier verlegt hatten. Außer den 13 Insurgenten, worunter sich mehrere Kapuziner, so wie ein 70jähriger Greis befanden, wurden noch 7 Sbirren erschossen. Letztere wurden wegen Plünderung auf Befehl des Fürsten Castelcicala vor das Kriegsgericht gestellt. Man mag daraus schließen, wie arg diese Stützen des herrschenden Systems gehaust haben. In der Nacht vor Ausbruch des Aufstandes hatte die Polizei 60 Personen aus den Betten geholt, und am folgenden Tage wurden noch über 200 Bürger aus den Häusern geholt und eingekerkert. — Alles der Vorsicht halber.

Provinzielles.

Stettin, 30. April.

** Das Gerücht, zu den bei Flensburg stattfindenden Wasserbauten werde noch eine größere Anzahl von Arbeitern gebraucht, hat eine große Menge von Arbeitern aus der Gegend von Landsberg veranlaßt, hierher zu kommen, in der Hoffnung, mit einem Dampfschiffe dorthin befördert zu wevden. Ein Trupp von 80 Mann war im Laufe der vorigen Woche angekommen und wurde deshalb von dem Herrn Hermann Schulze bei dem Entrepeneur jener Bauten, dem Herrn Höpfner in Driesen telegraphisch angefragt, ob jene Leute zu expediren wären. Die sofort eingetroffene Antwort lautete aber dahin, daß keine Arbeiter mehr gebraucht würden. Gestern traf nun ein zweiter Trupp von 50 Mann hier ein, die nun, da sie sämmtlich ohne Geldmittel sind, hier in der größten Verlegenheit um ihr Zurückkommen in die Heimath sind.

** Gestern Vormittag ist es gelungen, den berüchtigten Fiebelkorn, der vor 7 Wochen aus dem hiesigen Polizeigefängnisse ensprang, habhaft zu werden. Er ist zur größeren Sicherheit sofort in das Zellengefängniß des hiesigen Kreisgerichts abgeliefert.

** Mit dem gestern nach Stockholm expedirten Postdampfschiff sind die Seitens der östreichischen Gesandtschaft zur Krönung nach Stockholm sich begebenden Personen abgegangen.

* Das in der General-Versammlung der Actionäre der Ritterschaftlichen Privatbank bekannt gewordenr Resultat hat nicht befriedigt. Wir fürchten, daß so lange die Concurrenz der Preußischen Bank bleibt, wie sie ist, Erwartungen über einen mäßigen Zins hinaus an jene nicht zu stellen sind, zumal das Fortbestehen derselben den allgemeinen Normativbestimmungen für Privatbanken sich wird fügen müssen. Für den Handel in Actien hört damit die Berechnung von Zinsen auf, indem ferner nur Dividende bezahlt wird, wenn — verdient ist. Nach unserer Meinung wäre es für das Institut wie für den Platz nützlicher, wenn es alle sogenannten Privilegien, eine Notenemission ꝛc. ablegte und sich zu einem einfachen Banquier-Geschäft, nach Art der Diskonto-Gesellschaft und anderer großen Comtoire in Berlin, Köln ꝛc. constituirte uud derartig frei operirte, somit Wechsel auch acceptırte. Die freie Disposition über Capital nnd Credit, die Möglichkeit, die eigenen Wechsel bei der Preußischen Bank stets begeben zu können, würden den Verlust der Notenemission vollkommen aufwägen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 28. April. Die heutige „Ostreichische Zeitung" versichert, die Nachricht der „Independance" von der Absetzung des Fürsten Milosch durch die Pforte aus bester Quelle für unbegründet erklären zu können.

— 29. April. Die heutige „Wiener Zeitung" enthält eine Keiserliche Verordnung vom 27. d., welche die Bestimmung des §. 29 des bürgerlichen Gesetzbuches aufhebt, wonach Ausländer durch Antretung eines Gewerbes, dessen Betreibung ordentliche Ansässigkeit im Lande nothwendig macht, östreichische Staatsbürgerschaft erwerben müssen.

Durch Handschreiben vom 22. d. wird die Auflösung der Landesregierungen von Krakau und Czernowitz angeordnet.

Bern, 28. April. (W. T. B.) Von einem Anerbieten von 50 Millionen zu Festungsbauten für die Abtretung der Rechte der Schweiz auf Savoyen ist hier nichts bekannt. Der Zusammentritt der Bevollmächtigten zur Konferenz in Paris nach geschehener Ratifikation des Abtretungsvertrages durch das piemontesische Parlament soll sicher sein.

— 27. April. (H. N.) Man behauptet, Frankreich habe der Schweiz 50 Millionen Franken als Entschädigung für Nord-Savoyen angeboten, der Bundesrath habe jedoch dieses Anerbieten energisch zurückgewiesen.

Paris, 27. April. (H. N.) Der Großfürst Nikolaus wird hier im Anfang nächsten Monats erwartet.

Nach Berichten aus Lissabon ist der Herzog von Terceira gestorben.

— 28. April. (W. T. B.) Der heutige „Moniteur" theilt als Resultat der Abstimmung in Savoyen mit, daß mit Ausnahme von fünf Gemeinden, deren Abstimmung noch nicht bekannt ist, 131,714 mit „Ja" 233 mit „Nein" gestimmt haben.

* **Marseille**, 28. April. (W. T. B.) Hier eingetroffene Nachrichten aus Rom vom 24. d. melden, daß den Bischöfen der Romagna verboten worden sei, sich beim Empfange Viktor Emanuels zu betheiligen.

Es sind Briefe aus Rom vom 24. eingetroffen. Der Correspondent des Journal des Debats, durch Befehl des Papstes ausgewiesen, hat eine Prolongation seines Aufenthaltes um 20 Tage erwirkt. — Man versichert, der französische Kriegsminister habe Disciplinarstrafen gegen zwei Offiziere verhängt, welche während der Emeute am 19. März in bürgerlichen Kleidern erkannt worden sind.

Man schreibt aus Neapel, daß Briefe aus Palermo vom 21. melden, es herrsche dort großes Elend. Nach der Exekution von dreizehn Insurgenten zu Palermo, haben Rebellenbanden 26 neapolitanische Soldaten zu Carini überfallen und erhängt. Man sagt, daß diese Stadt genommen und zerstört sei. — Nach brieflichen Mittheilungen soll die neapolitanische Armee jetzt eine Stärke von 160,000 Mann haben.

* **Madrid**, 27. April. Alle Streitigkeiten zwischen Spanien und Marokko sind beigelegt. Die Marokkaner sollen die Gelder im Laufe dieses Jahres zahlen, sind jedoch entschlossen, dies möglichst zeitig zu thun, um eher wieder in den Besitz von Tetuan zu kommen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. April. Witterung: wärmere Luft, etwas regnigt. Temperatur + 10. Wind: N-Ost.

Weizen matter, loco pr. 85pfd. gelber 72½—75¾ Rt. bez., pr. Frühjahr 85pfd. gelber inländ. 76½ Rt. Br., Mai-Juui do. exkl. schlesischer 76½ Rt. bez., Juni-Juli 77 Rt. Br., 85pfd. gelber inländischer.

Roggen matter, loco 77pfd. 46½ Rt. bez., 77pfd. pr. Frühjahr 45½ Rt. bez. u. Br., 46 Gd., Mai-Juni 45½ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 46 Rt. Br., Juli-August 46 Rt. bez. und Br., Sept.-Oktober 46 Rt. Br

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl etwas matter, loko 10 13/24, 11 Rt. bez. u. Br., April-Mai 11 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni do., September-Oktober 11 11/12 11 5/5 Rt. bez.

Leinöl loko inkl Faß 10 5/12 Rt. bez.

Spiritus stiller, loko ohne Faß 17¾, ⅔ Rt. bez., Frühjahr und Mai-Juni 17¾ Br., 17⅔ Gd., Juni-Juli 18, 17 11/12 Rt. bez. u. Gd., 18 Br., Juli-August 18⅓ Br., August-September 18⅔ Rt. Brief.

Danzig, 28. April. Weizen rother 128.129 — 131.32pfd. nach Qualität von 81—82—84—85 sgr., bunter, dunkler und glasiger 127—128—31—33pfd. von 81—82½—85—87½ sgr., feinbunt, hochbunt, hellglasig und weiß 130.32—134.36pfd. 86—87½—90—93⅓ sgr., Roggen 56—55½ sgr., pr. 125pfd. und für jedes Pfund mehr oder weniger ½ sgr. Differenz. — Erbsen von 55—56—59—60 sgr., extra schön bis 62½ sgr. — Gerste kleine 105.8—110.2 pfd. von 44—46—47½—49 sgr, große 110.14—116.20pfd. von 48.51—53.58 sgr., Kavalier bis 60 sgr. — Hafer von 30—32—33 sgr. für extra schönen und schweren bis 34—35 sgr. — Spiritus 17½ rtl. pr. 8000% Tr.

Wetter: trübe rauhe Luft mit Nebel. Wind: NW.

Posen, 28. April. Roggen behauptet, pr. April 45 Rt. bez. u. Gd., April-Mai 45 Rt. Br., Mai-Juni 45 Rt. Br., Juni-Juli 45 Rt. Gd., ⅙ Br.

Spiritus (pr. 8000 pCt. Tralles) unverändert, loko (ohne Faß) 16 5/12—16⅚ Rt., pr. April 17 Rt. Gd., 1/12 Br., pr. Mai 17 1/12 Rt. Br., 17 Rt. Gd, pr. Juui 17¼ Rt. Gd., ⅓ Br., pr. Juli-August 17¾ Rt. Br.

In der gestrigen Notiz für Spiritus pr. Mai soll es statt 17½ Rt. heißen: 17 1/12 Rt.

Hamburg, 28. April. Getreidemarkt. Weizen loko etwas ruhiger, ab Holstein 133pfd. pr. Mai 125, ab Heiligenhafen pr. Mai-Juni 133pfd. 129½—128. — Roggen loko unverändert, ab Königsberg 83pfd. Juni-Juli. — Oel pr. Mai 23⅞, pr. Oktober 25⅞. Kaffee unverändert. Zink ohne Umsatz.

London, 28. April. Silber 61⅝—61¾. Consols 95.

Stettiner Börse vom 30. April 1860.

Berlin ······	kurz	100 B	Pomerania ··	···	107 B
„ ······	2 Mt.	99⅓ B.	Union ······	···	— B
Hamburg ···	6 Tag.	150⅞ bz u B	St. Börsenh.-		
„ ···	2 Mt.	150 B	Obligationen	···	—
Amsterdam ·	8 Tag.	141¼ B	St. Schausp.-		
„ ·	2 Mt.	141⅛ bz u B	Obligationen	···	—
London ····	10 Tg.	6 19⅞ B u bz	St. Speich.-A.	···	— B
„ ····	3 Mt.	6 17½ B	V.-Speich.-A.	···	— E
Paris ······	10 Tg.	79 1/12 B	Pomm. Prov.-		
„ ······	2 Mt.	— B u bz	Zuckers.-Act.	···	— G
Bordeaux ···	10 Tg.	— B	N. St. Zucker-		
„ ···	2 Mt.	— B	Sied.-Actien ·	···	500 B
Bremen ····	8 Tg.	108 B	Mesch. Zuck.-		
„ ····	3 Mt.	—	Fabrik-Anth.	···	100 B
St. Petersbg.	3 Woch.	—	Bredower do.	···	—
Wien ······	8 Tag.	— B	Walzmühl-A.	···	1000 G
„ ······	2 Mt.	—	St. Portl. Cem.		
Frw. St.-Anl.	4½	—	Fabrik ····	···	100 B
Staats-Anl. ··	4½	99½ B	Pom. Chauss.-		
„ „ ··	5	— B	bau-Obligat.	5	—
St.-Schldsch.	3½	— B	Stett. Dampf-		
Pr. Präm. Anl.	3½	— B	Schlepp-Ges.	···	800 B
Pomm. Pfdbr.	3½	— bz	Stett. Dampf-		
„ Rentenbr.	4	—	schiffs-Ver. ··	···	220 B
Ritt. P.P.B.A.			N. Dampf.-C.	···	88 B
à 500 Rtl. ··	···	— B	Germania ···	···	94 B
Berl.-St. Eisb.			Vulcan ····	···	50 B
Act. Lit. A. B.	4	—	Stett. Dampf-		
„ Prior.- ··	4½	—	mühlen-Ges. ·	4	60 B
„ „ ··	4	—	Pommerensd.		
Starg.-P. E. A.	4½	—	Chem. Fabrik	···	103 B
„ Prior.- ··	3	—	Chem. F.-Ath.	···	500 B
„ „ ··	4½	—	Stett. Kraft-		
Stett. Stdt.-O.	4½	98 B.	Dünger-F.-A.	···	45 B
St. Str.-V.-A.	···	104 bz	Used. - Woll.		
Pr. Nat.-V.-A.	4	97 G	Kreis-Oblig. ·	5	— B
Pr. See-Ass.-			Greifenhagen		
Comp.-Act. ·	···	650 B	Kreis-Oblig. ·	5	—

Barometer- und Thermometerstand

bei C. F. Schultz & Comp.

April.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien	28	338,75'''	339,63'''	340,06''
auf 0° reduzirt.	29	340,11'''	341,08'''	342,07''
Thermometer nach Réaumur.	28	+ 3,5°	+ 6,9°	+ 4,7°
	29	+ 4,9°	+ 8,5°	+ 5,0°